



Volksabstimmung „Ja – damit deine Stimme zählt“ vom 1. Juli 2012

Summarische Ergebnisse einer Umfrage

Auftraggeber:	Liechtenstein-Institut
Befragungsinstitut:	DemoScope, Schweiz
Methode:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Umfragezeitpunkt:	2.-6. Juli 2012
Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in Liechtenstein
Stichprobe:	501 Interviews
Messgenauigkeit:	Maximal +/- 4.4 Prozent bei 95 Prozent Sicherheit
Daten:	SPSS-Datensatz
Auswertung:	Wilfried Marxer

Zusammenfassung

Die Volksabstimmung vom 1. Juli 2012 über die Initiative „Ja – damit deine Stimme zählt“ endete bei einer hohen Stimmbeteiligung von 82,9 Prozent mit einer klaren Ablehnung. 3'602 Stimmberechtigte votierten mit Ja (23,6 Prozent, 11'681 mit Nein (76,4 Prozent.). Die Abstimmungsumfrage in der Woche nach der Volksabstimmung zeigt in einer ersten summarischen Auswertung folgende Ergebnisse:

Massgeblich für den Stimmentscheid waren grundlegende Einstellungen der Stimmberechtigten. Eher progressiv-modernistisch Eingestellte stimmten tendenziell mit Ja, während konservativ-traditionalistisch Eingestellte die Initiative fast vollständig ablehnten. Ein zweiter wichtiger Faktor war die Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein: Unzufriedene stimmten mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Ja, Zufriedene mit Nein.

Bei einigen anderen Variablen zeigen sich statistisch signifikante Abweichungen beim Stimmentscheid, deren Ursachen allerdings weitgehend auf die Einstellungen (Demokratiezufriedenheit, Progressiv-Konservativ) zurückgeführt werden können. So nahm die Zustimmung mit steigendem Bildungsniveau zu, das Stimmverhalten unterscheidet sich je nach Parteibindung (hohe Zustimmung bei FL-Anhängerschaft, hohe Ablehnung bei FBP-Anhängerschaft, gemischtes Verhalten bei VU-Anhängerschaft), Linke tendierten eher zu Zustimmung, Rechte zu Ablehnung, die Ablehnung stieg mit wachsender Religiosität.

Soziodemografische Merkmale wie Geschlecht und Alter sowie der Grad des politischen Interesses zeigen hingegen keinerlei signifikanten Unterschied im Abstimmungsverhalten.

Die Gründe für den Ja- oder Nein-Entscheid beziehen sich weitgehend auf die in der Abstimmungsdebatte gefallenen Argumente. Bei den Ja-Stimmenden also, dass das Volk das letzte Wort haben soll und die Demokratie ausgebaut werden soll. Bei den Nein-Stimmenden waren das Vertrauen in das Fürstenhaus und eine aktive Bekundung dieses Vertrauens mit einem Nein-Votum sowie das Argument, dass sich die Staatsform bewährt habe, dominant. Die Ansichten der Ja- und der Nein-Stimmenden gehen in vielen Sachfragen weit auseinander. Die Umfrage bestätigt die starke Polarisierung, die auch die Abstimmungskommunikation geprägt hat.

Das Vertrauen in die Institutionen in Liechtenstein ist wie bei früheren Umfragen nach wie vor sehr hoch. Den höchsten Wert verzeichnet das Fürstenhaus, den tiefsten die Parteien.

Die Befragten waren über die Haltung der Parteien und die Abstimmungsempfehlungen gut informiert.

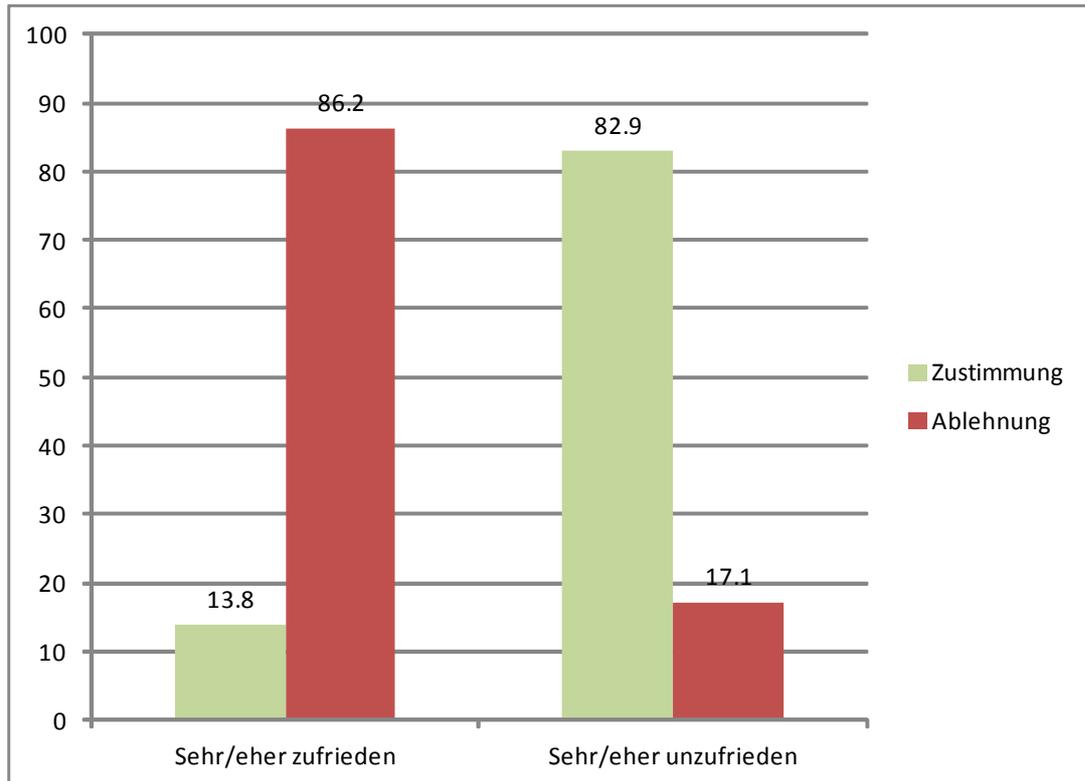
Der Stil beider Kampagnen wird nur von wenigen als fair beurteilt. Dabei wird die Ja-Kampagne von den Nein-Stimmenden besonders stark kritisiert, die Nein-Kampagne dagegen von den Ja-Stimmenden.

Eine grosse Mehrheit der Befragten war bereits zu einem frühen Zeitpunkt entschieden, ob sie ein Ja oder ein Nein in die Urne werfen.

Das persönliche Gespräch wird von den meisten Befragten als die wichtigste Informationsquelle im Vorfeld der Volksabstimmung gewertet, gefolgt von der Abstimmungsborschüre, Beiträgen in den Zeitungen und öffentlichen Veranstaltungen.

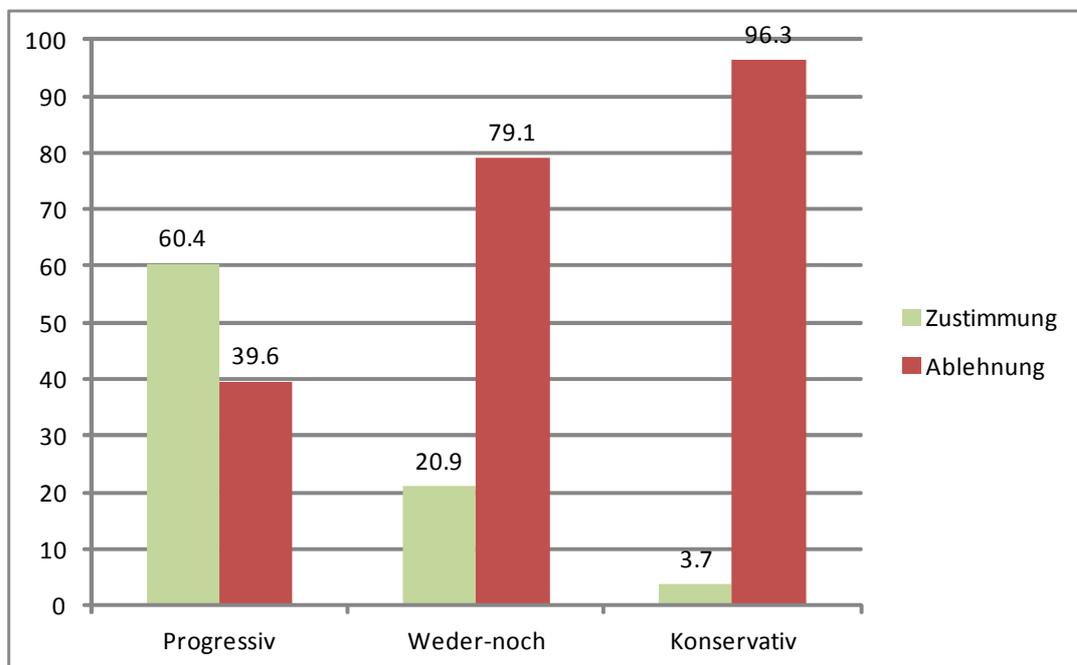
Zustimmung und Ablehnung nach Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Umfragedaten ergeben, dass die meisten Befragten (86 Prozent), die die Initiative abgelehnt haben, mit dem Funktionieren der Demokratie in Liechtenstein sehr oder eher zufrieden sind. Diejenigen, die der Initiative zugestimmt haben, zeigen sich umgekehrt in fast ähnlicher Grössenordnung (83 Prozent) als eher oder sehr unzufrieden mit der Demokratie in Liechtenstein.



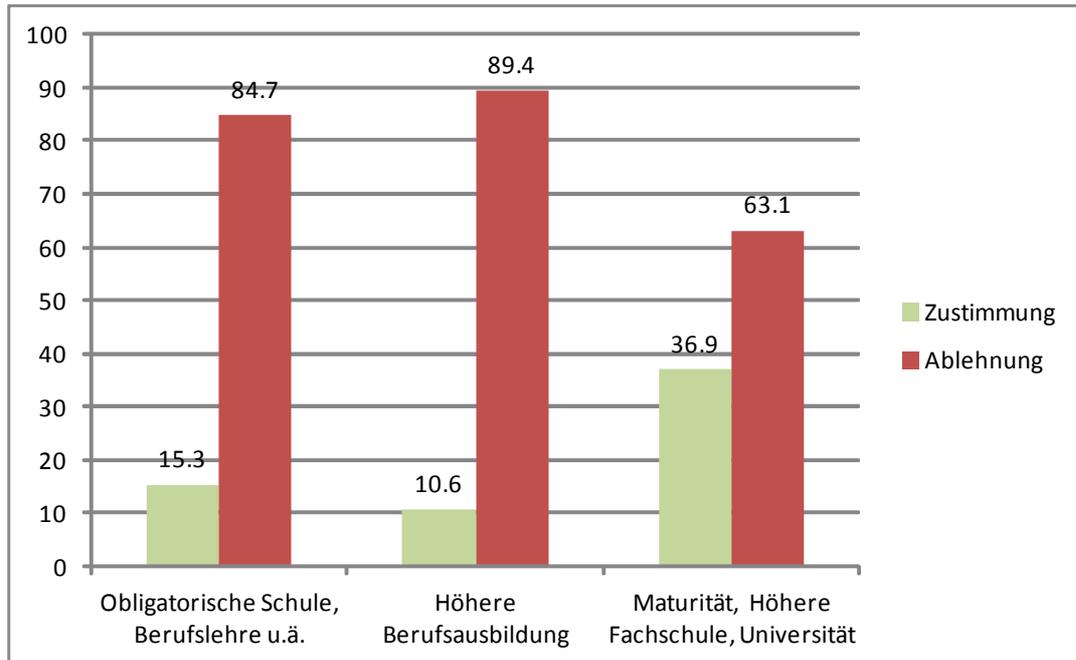
Zustimmung und Ablehnung nach progressiv-modernistischer und konservativ-traditionalistischer Einstellung

Die progressiven oder konservativen Einstellungen wurden mittels vier Einzelfragen zu persönlichen Einstellungen erhoben. Aus der Addition dieser vier Variablen wurde die Einstellung der Befragten in einer einzelnen, neuen Variable festgehalten. Es zeigt sich, dass Befragte mit progressiv-modernistischer Einstellung mehrheitlich der Initiative zugestimmt haben, während bei konservativ-traditionalistischer Einstellung die Initiative fast zu 100 Prozent abgelehnt wurde. Auch bei den zwischen diesen beiden Polen angesiedelten Befragten ist die Initiative deutlich verworfen worden (79 Prozent).



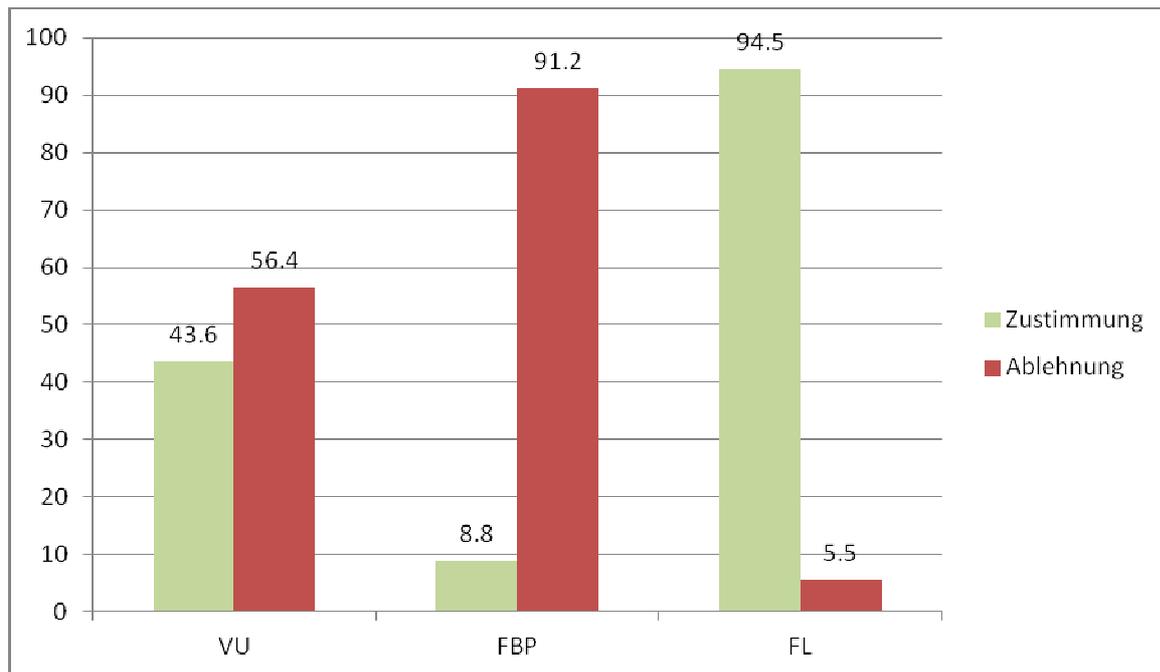
Zustimmung und Ablehnung nach höchster abgeschlossener Ausbildung

Die Initiative ist unabhängig von der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der Befragten in allen Segmenten deutlich abgelehnt worden. Die Ablehnung ist in den tieferen Bildungssegmenten allerdings noch deutlich höher (85 bis 89 Prozent) als in den höheren Bildungssegmenten (63 Prozent).



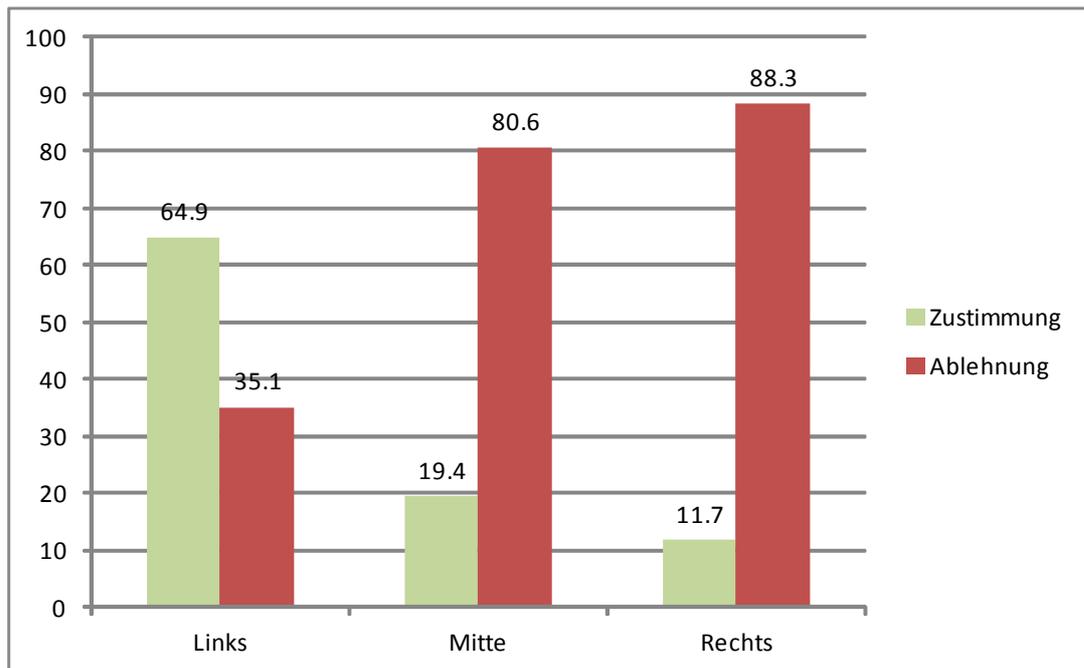
Zustimmung und Ablehnung nach Parteibindung (N = 301)

Die Zustimmung und Ablehnung der Initiative nach selbst deklariertem Parteibindung widerspiegelt weitgehend die Abstimmungsempfehlungen der Parteien. Parteigänger/innen der FBP haben die Initiative zu mehr als 90 Prozent verworfen, Parteigänger/innen der Freien Liste haben der Initiative fast vollzählig zugestimmt (94 Prozent). Die Parteigänger/innen der VU haben mehrheitlich abgelehnt (56 Prozent), aber rund 44 Prozent haben der Initiative zugestimmt.



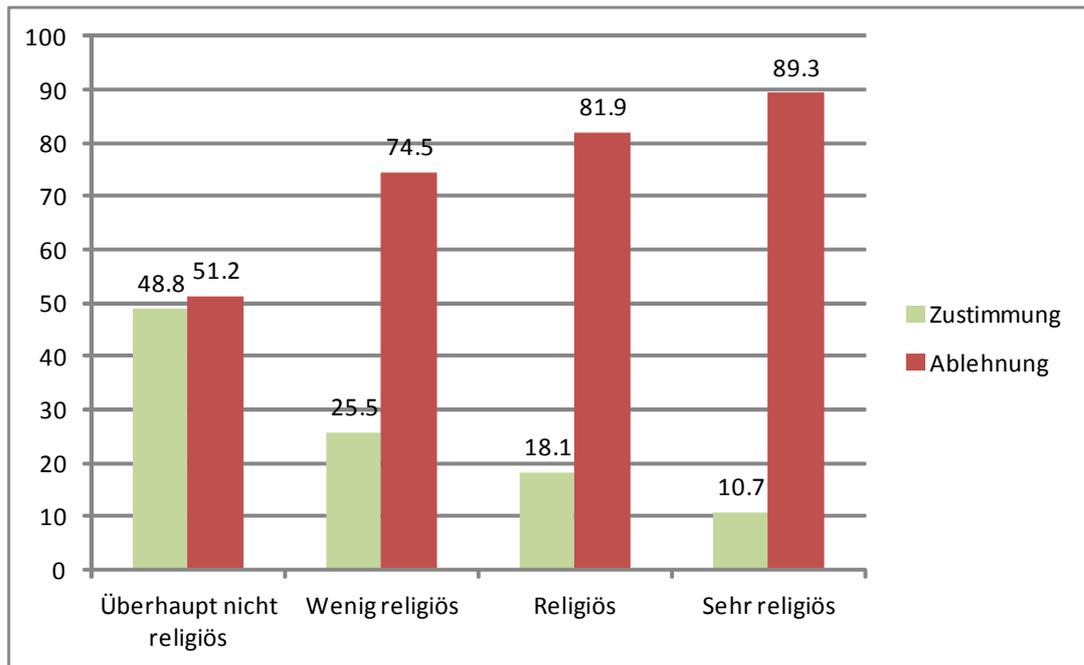
Zustimmung und Ablehnung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die Initiative wurde von denjenigen, die sich persönlich auf einer Links-Rechts-Skala von 0 bis 10 auf einem Wert von 0 bis 4 verorten (= Links) zu rund zwei Dritteln angenommen, während sie sowohl von den Personen in der Mitte der Skala (Wert 5) wie auch denjenigen mit einem Skalenwert von 6 bis 10 (= Rechts) zu über 80 Prozent verworfen wurde (80 beziehungsweise 88 Prozent).



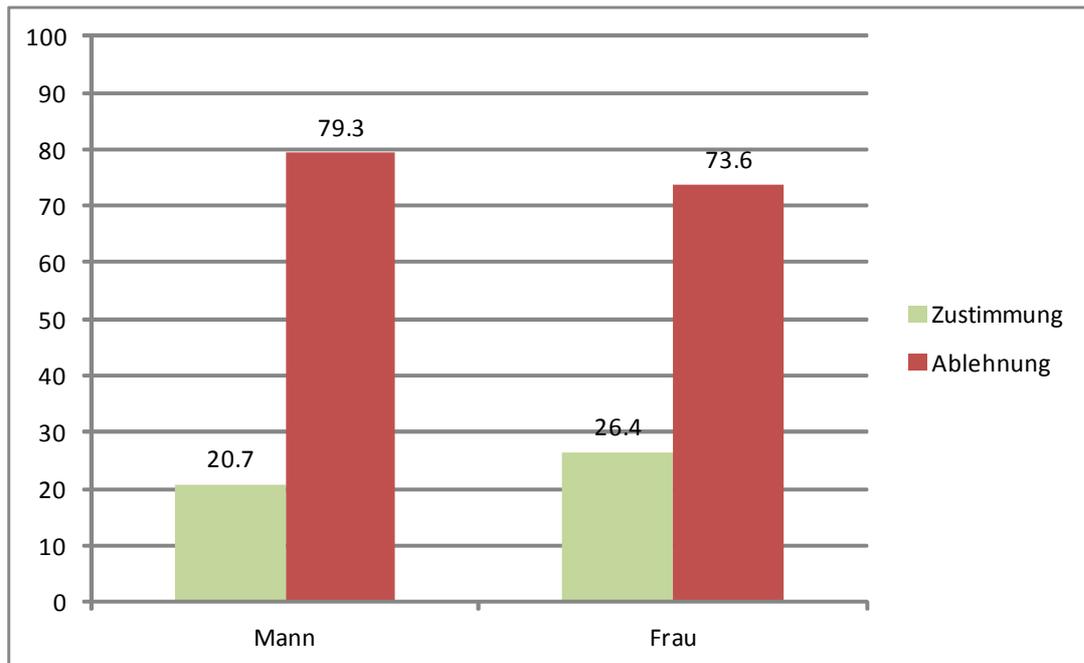
Zustimmung und Ablehnung nach Religiosität

Je religiöser sich die Befragten selbst einstufen, umso deutlicher wurde die Initiative abgelehnt. Die „Nicht-Religiösen“ stimmten etwa je zur Hälfte mit Ja und mit Nein. Bei den „Religiösen“ und „Sehr Religiösen“ stimmten rund 80 bis 90 Prozent mit Nein.



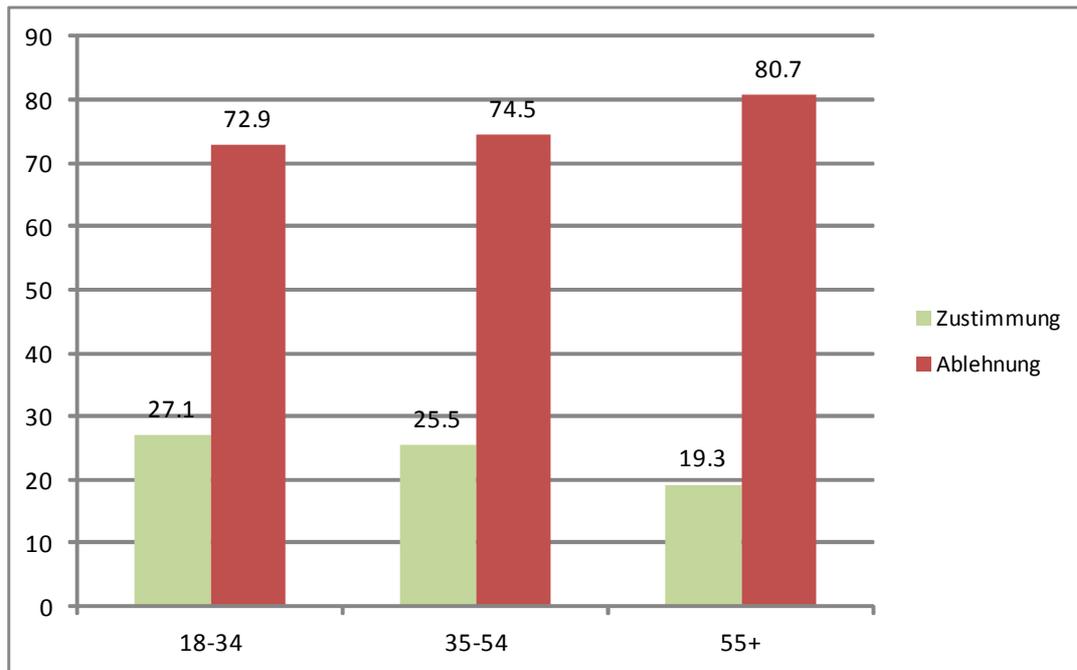
Zustimmung und Ablehnung nach Geschlecht (= nicht signifikant)

Im Datensatz der Umfrage tendieren Frauen eher zur Zustimmung zur Initiative als Männer. Statistisch gesehen ist die Differenz allerdings nicht signifikant. Generell haben sowohl Frauen wie Männer die Initiative zu rund drei Vierteln verworfen.



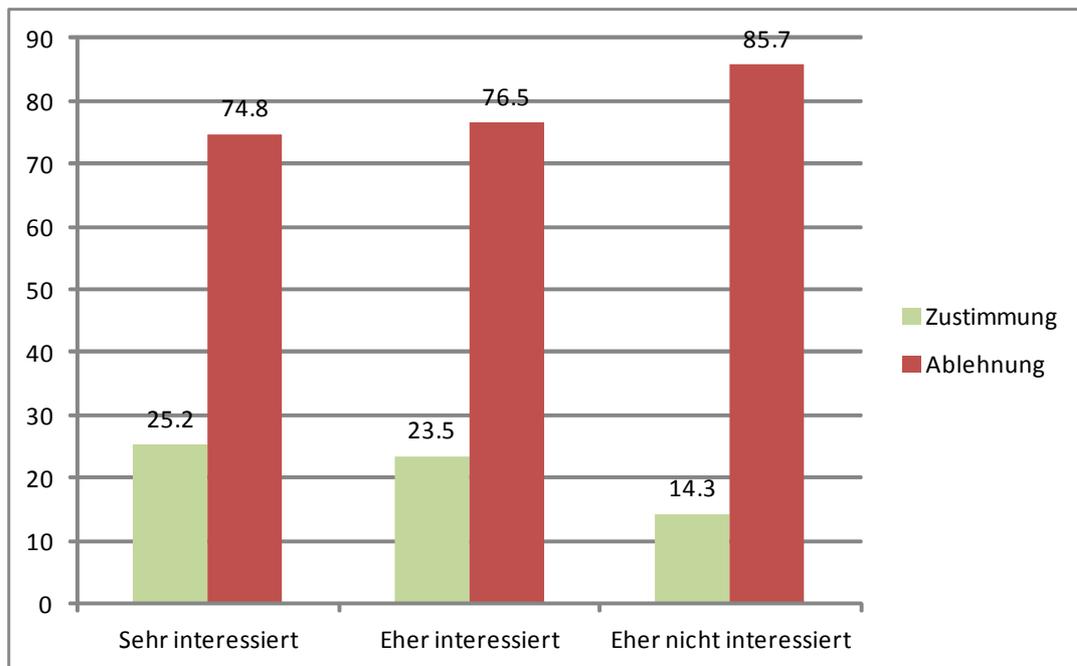
Zustimmung und Ablehnung nach Alter (= nicht signifikant)

Der Datensatz zeigt eine schwache Tendenz, dass die Initiative mit zunehmendem Alter deutlicher abgelehnt worden ist. Die Differenzen zwischen den Altersgruppen sind allerdings nicht sehr gross, sodass dies statistisch als nicht gesichert beziehungsweise nicht signifikant angesehen werden muss.



Zustimmung und Ablehnung nach politischem Interesse (= nicht signifikant)

Das politische Interesse zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten. In allen Segmenten ist die Initiative deutlich abgelehnt worden (74 bis 85 Prozent).



Hauptsächliche Gründe der Ja-Stimmenden für die Zustimmung zur Initiative

Die Zustimmenden und Ablehnenden wurden jeweils nach den hauptsächlichen Gründen für ihren Stimmentscheid gefragt. Die Frage wurde ungestützt gestellt, war also ohne Antwortvorgaben offen formuliert. Die Angaben wurden nachträglich zu Themengruppen zusammengefasst.

Bei den Zustimmenden überwiegen die Argumente, die sich aus dem Anliegen der Initiative selbst ergeben. Die Argumentation der Initianten wurde weitgehend übernommen: Das Volk soll das letzte Wort haben, die Demokratie soll ausgebaut werden, der Fürst habe zu viel Macht. Hinzu kommt auch, allerdings weniger häufig, Kritik an der Vetoandrohung in der Vergangenheit und an der Amtsführung des Fürstenhauses. Nur vereinzelt werden weitere Argumente angeführt.

	1. Nennung	2. Nennung	Total
Volks soll das letzte Wort haben	51	21	72
Demokratie ausbauen	33	20	53
Fürst hat gemäss Verfassung zu viel Macht	12	14	26
Vetoandrohungen in der Vergangenheit	4	9	13
Kritik an Amtsführung des Fürstenhauses	3	6	9
Liechtenstein muss mit der Zeit gehen	3	3	6
Monarchie veraltete Staatsform	1	3	4
Image im Ausland als modernes Land		1	1
Andere Nennungen	9	5	14

Hauptsächliche Gründe für Nein-Stimmenden für die Ablehnung der Initiative

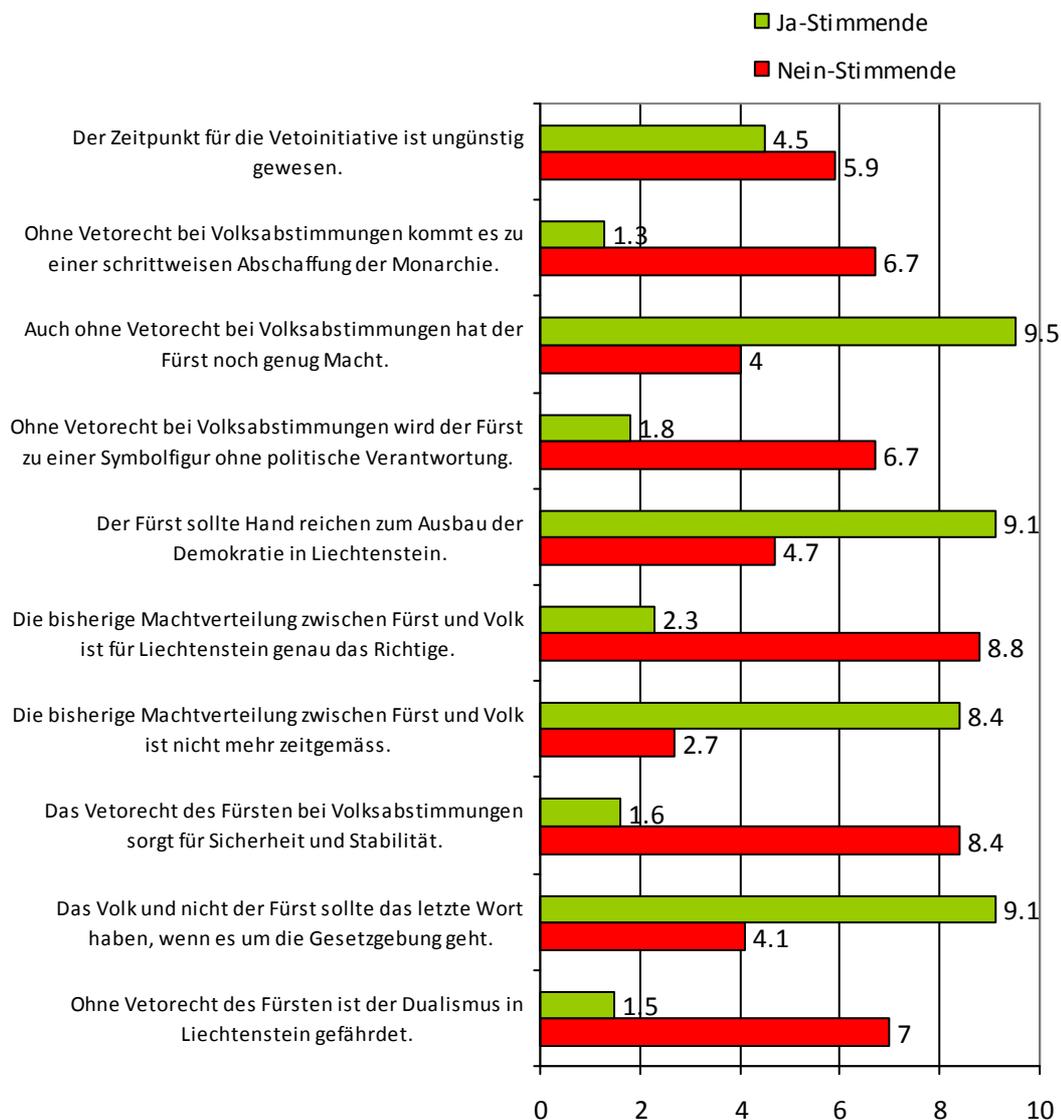
Die Zustimmenden und Ablehnenden wurden jeweils nach den hauptsächlichsten Gründen für ihren Stimmentscheid gefragt. Die Frage wurde ungestützt gestellt, war also ohne Antwortvorgaben offen formuliert. Die Angaben wurden nachträglich zu Themengruppen zusammengefasst.

Das Hauptmotiv der Ablehnenden war das Vertrauen in das Fürstenhaus. Mit der Ablehnung der Initiative sollte das Fürstenhaus ausserdem aktiv unterstützt werden. Ein weiterer häufig genannter Grund für die Ablehnung war die Auffassung, dass sich die Staatsform in der Vergangenheit bewährt habe. Weniger oft genannt wurden zahlreiche weitere Gründe der Ablehnung, etwa dass Liechtenstein ohne Monarchie nicht vorstellbar sei, dass der Fürst als Gegenspieler der Parteien agieren könne oder es herrschte Ungewissheit und Unsicherheit im Falle einer Annahme der Initiative, beispielsweise hinsichtlich der Gefährdung des Wohlstandes, Angst vor falschen Volksentscheiden etc. Solche Argumente treten gegenüber den erstgenannten allerdings weit in den Hintergrund. Kritik an den Initianten wurde ebenfalls geäussert, so etwa, dass die Initiative eine Zwängerei gewesen sei oder dass die Initianten ein Verwirrspiel getrieben hätten.

	1. Nennung	2. Nennung	Total
Vertrauen in das Fürstenhaus	113	68	181
Staatsform hat sich bewährt	70	40	110
Aktive Unterstützung des Fürstenhauses	48	26	74
Status Quo ist gut und richtig	22	13	35
Identität, Liechtenstein ohne Monarchie nicht vorstellbar	7	25	32
Verwirrspiel der Initianten	21	10	31
Initiative war Zwängerei	16	8	24
Fürst als Gegenspieler von Parteien wichtig	14	9	23
Wohlstand gefährdet	8	9	17
Initiative überflüssig, sinnlos, unnötig	13	4	17
Schwächung bis tendenzielle Abschaffung der Monarchie	12	4	16
Angst vor falschen Volksentscheidungen	5	7	12
Falscher Zeitpunkt der Initiative	7	1	8
Ansehen im Ausland, Fürst als Imageträger	1	4	5
Anderes	21	29	50

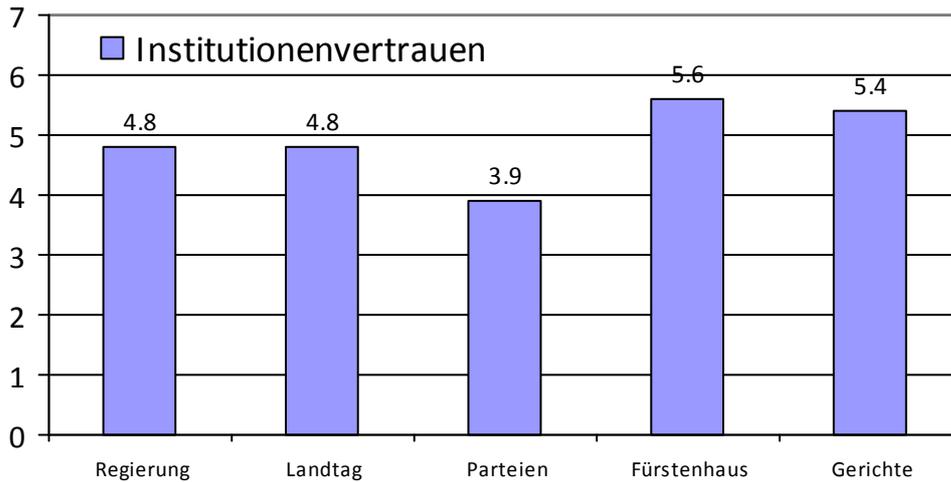
Argumententest

Die Ansichten der Ja- und der Nein-Stimmenden gehen in den meisten Sachfragen mit Bezug zum Sanktionsrecht des Fürsten und damit zusammenhängenden Aspekten des politischen Systems weit auseinander. In der Umfrage wurde die Zustimmung zu einzelnen Argumenten auf einer Skala von 0 bis 10 erhoben. Nein-Stimmende befürchten die schrittweise Abschaffung der Monarchie oder die Reduktion des Fürsten zu einer Symbolfigur und sehen Stabilität und Dualismus gefährdet. In diesem Lager gibt es breite Zustimmung, dass die bisherige Machtverteilung zwischen Fürst und Volk genau das Richtige ist. Anders die Ja-Stimmenden, die meinen, dass der Fürst auch ohne Vetorecht noch genug Macht habe, dass bei Volksabstimmungen das Volk das letzte Wort haben sollte und dass die bisherige Machtverteilung zwischen Fürst und Volk nicht mehr zeitgemäss sei. Am wenigsten weit auseinander gehen die Meinungen über den Zeitpunkt der Vetoinitiative (1.4 Punkte Differenz) sowie bezüglich der Aussage, ob der Fürst zum Ausbau der Demokratie Hand reichen sollte. Dort besteht allerdings bereits ein beträchtlicher Unterschied von 4.4 Punkten. In den meisten Fällen sind die Meinung extrem polarisiert.

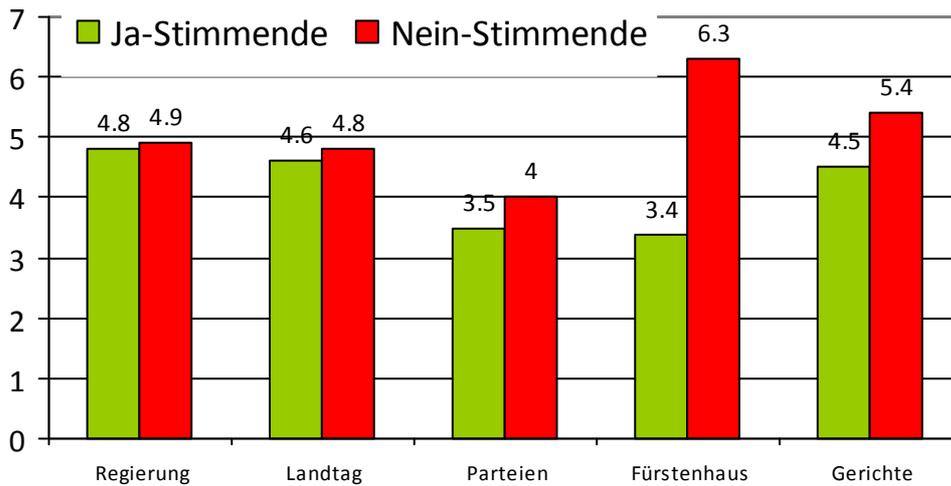


Institutionenvertrauen

Es wurde nach dem Vertrauen in die Institutionen auf einer Skala von 0 (kein Vertrauen) bis 7 (sehr grosses Vertrauen) gefragt. Die Befragten weisen im Mittelwert das höchste Vertrauen in das Fürstenhaus auf (5.6), knapp gefolgt von den Gerichten (5.4). Am tiefsten ist das Vertrauen in die Parteien (Wert 3.9).



Die Ja-Stimmenden bei der Volksabstimmung weisen tendenziell ein etwas geringeres Vertrauen in die Institutionen auf. Besonders krass ist der Unterschied allerdings nur hinsichtlich des Vertrauens in das Fürstenhaus. Der Mittelwert beträgt beim Vertrauen in das Fürstenhaus 3.4 bei den Ja-Stimmenden gegenüber 6.3 bei den Nein-Stimmenden.



Nach Parteiidentifikation unterschieden, zeigt sich ein etwas differenzierteres Bild des Institutionenvertrauens.

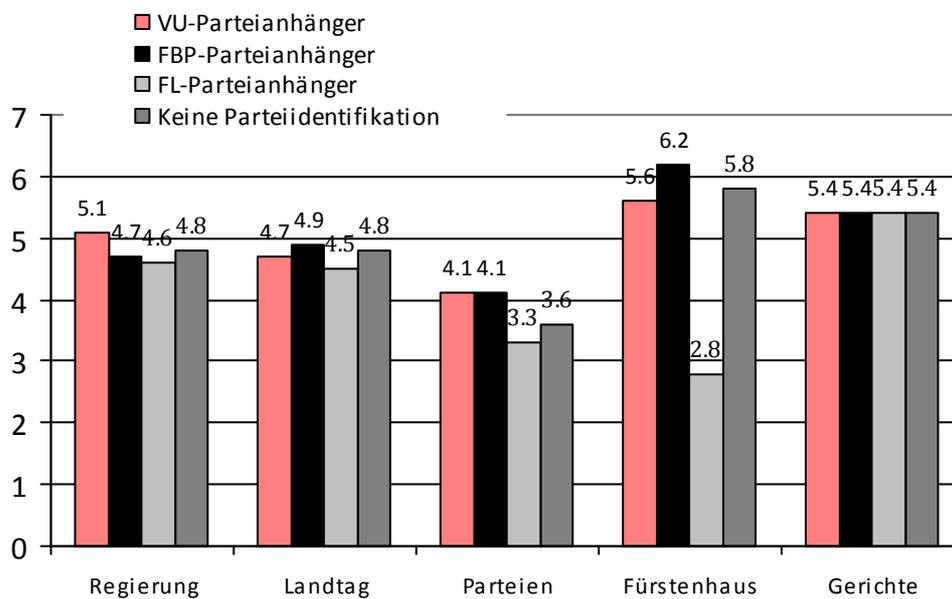
VU-Parteianhänger/innen haben stärkeres Vertrauen in die *Regierung* als die anderen. Dies dürfte mit der VU-Mehrheit in der Regierung zusammenhängen.

Beim *Landtag* sind die Vertrauensunterschiede nicht sehr gross. FL-Parteianhänger/innen weisen wie bei der Regierung den tiefsten Wert auf.

Beim Vertrauen in die *Parteien* weisen die Parteianhänger/innen der beiden grossen Volksparteien die höchsten Werte auf.

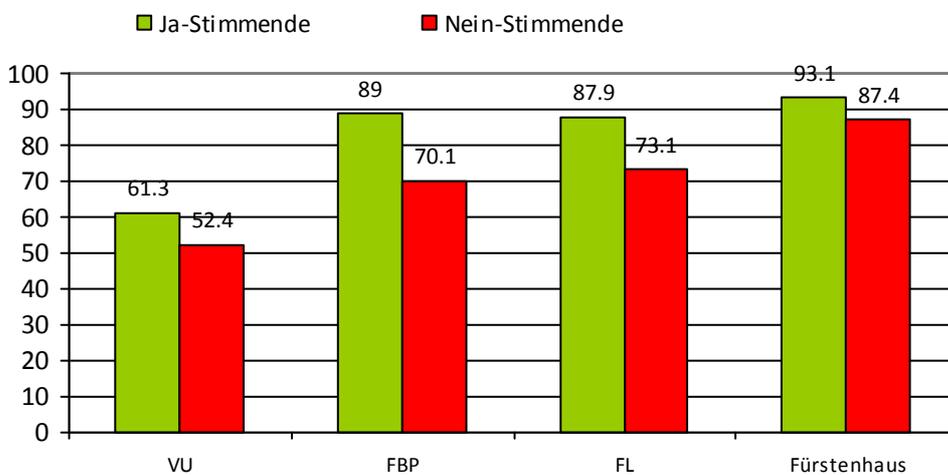
Beim Vertrauen in die *Gerichte* sind sich alle bei einem hohen Wert von 5.4 einig.

Die stärkste Differenz zeigt sich beim Vertrauen in das *Fürstenhaus*, vor allem aufgrund der abweichenden Einschätzung der FL-Parteianhänger/innen. Ihr Vertrauen in das Fürstenhaus weist den tiefsten Wert insgesamt auf (2.8), während Anhänger/innen der VU, FBP sowie Parteiungebundene grosses Vertrauen in das Fürstenhaus aufweisen mit Mittelwerten von 5.6 bis 6.2, wobei die FBP-Anhängerschaft den höchsten Wert anzeigt.

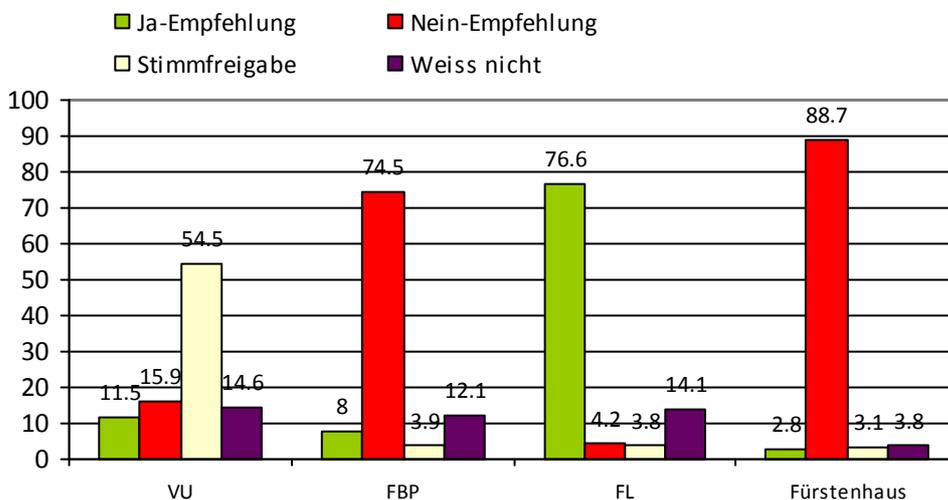


Kenntnis der Abstimmungsempfehlungen

Die Befragten waren hinsichtlich der Abstimmungsempfehlungen unterschiedlich gut informiert. Es wurde danach gefragt, ob man weiss, welche Abstimmungsempfehlung die verschiedenen Parteien sowie das Fürstenhaus abgegeben haben. Generell wussten die Ja-Stimmenden häufiger als die Nein-Stimmenden, welche Empfehlungen und Haltungen von den verschiedenen Parteien sowie dem Fürstenhaus ausgingen. Der grösste Kenntnisstand herrschte über die ablehnende Haltung des Fürstenhauses mit korrekten Angaben von rund 90 Prozent der Befragten. Die Haltungen der FBP und der FL waren etwa gleich gut bekannt, nämlich zu je knapp 90 Prozent bei den Ja-Stimmenden und zu je rund 70 Prozent bei den Nein-Stimmenden. Bei der VU (Stimmfreigabe) herrschte mehr Unkenntnis: 61 beziehungsweise 52 Prozent erinnerten sich korrekt an die Abstimmungsempfehlung der VU.



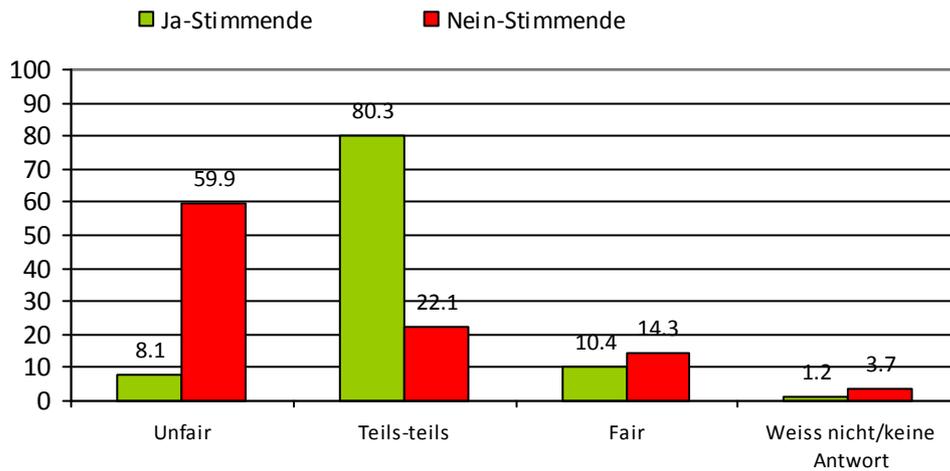
Insgesamt erinnerte sich eine Mehrheit, meist sogar eine grosse Mehrheit, korrekt an die Abstimmungsempfehlungen. Die Fehl Wahrnehmung war hinsichtlich der VU-Haltung am deutlichsten. 11 Prozent aller Befragten meinten, dass die VU Ja empfohlen habe, rund 16 Prozent ein Nein, knapp 15 Prozent gaben an, die Abstimmungsempfehlung der VU nicht zu kennen. Bei der FBP, der FL und insbesondere beim Fürstenhaus herrschte weit weniger Unklarheit.



Stil der Kampagnen

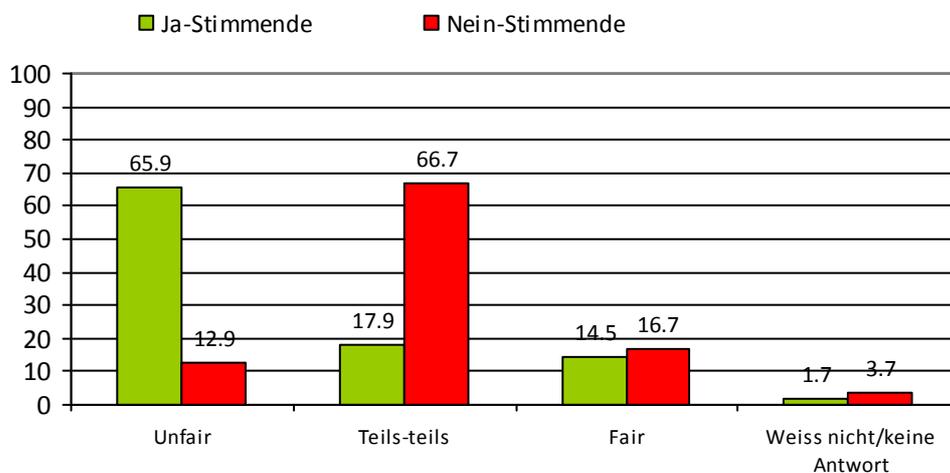
Kampagne der Initianten

Rund 60 Prozent der Nein-Stimmenden kritisierten in der Umfrage die Kampagne der Initianten als unfair. Das Urteil der Ja-Stimmenden ist milder, aber trotzdem finden nur rund 10 Prozent, dass die Ja-Kampagne fair war (gegenüber rund 14 Prozent der Nein-Stimmenden). 80 Prozent der Ja-Stimmenden beurteilen die Fairness der Kampagne mit „teils-teils“.



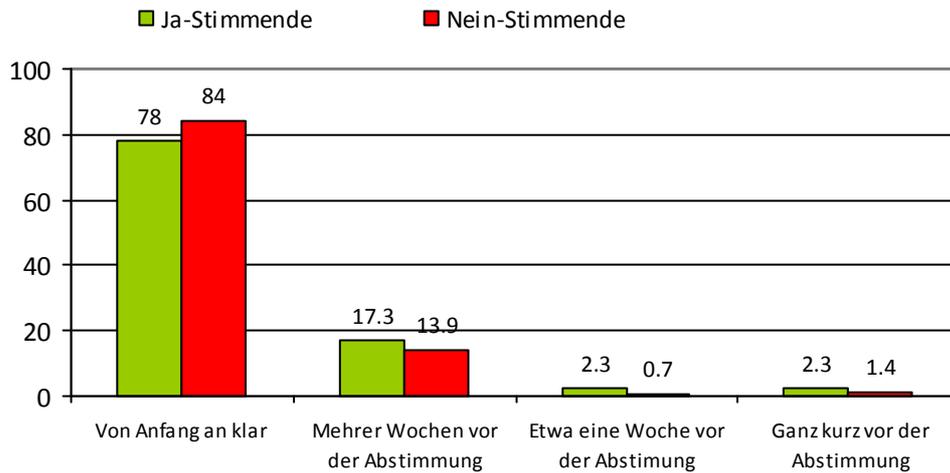
Kampagne der Gegner der Initiative

Bei der Kampagne der Gegner Initiative fällt das Urteil spiegelbildlich aus. Rund 66 Prozent der Ja-Stimmenden fanden die Nein-Kampagne unfair. Wiederum nur wenige (je rund 14 bis 16 Prozent aus beiden Lagern) fanden die Nein-Kampagne fair. Die Nein-Stimmenden bewerten die Fairness der Nein-Kampagne grossteils (66 Prozent) mit „teils-teils“.



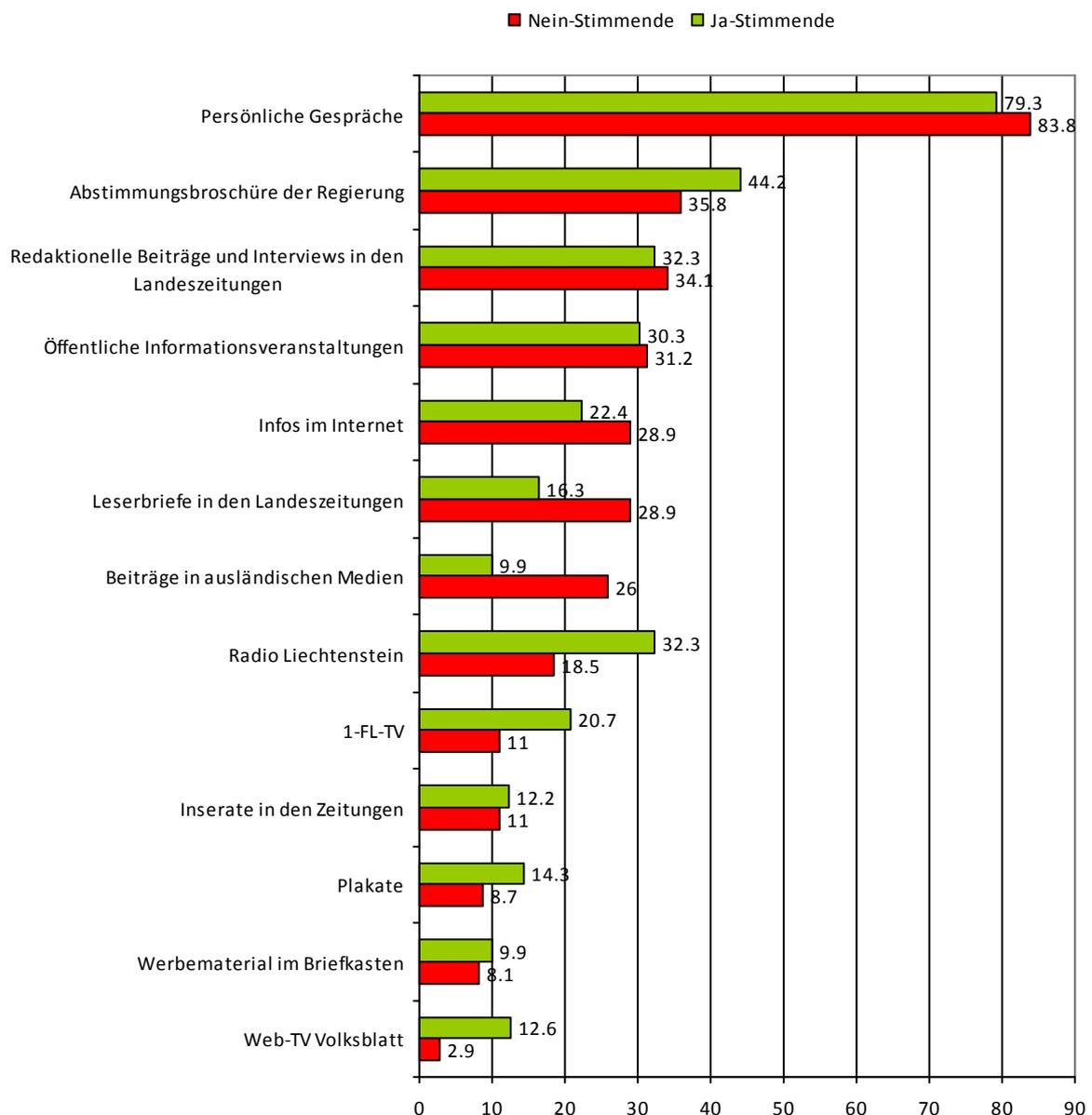
Entscheidungszeitpunkt der Abstimmungsteilnehmer/innen

Sowohl die Ja-Stimmenden wie auch die Nein-Stimmenden haben sich zum grössten Teil bereits lange vor der Abstimmung entschieden, wie sie abstimmen. Dies bekunden 78 Prozent der Ja-Stimmenden und 84 Prozent der Nein-Stimmenden. Nur ganz wenige haben sich erst kurz vor der Abstimmung für ein Ja oder Nein entschieden.



Wichtigste Informationskanäle

Die Ja-Stimmenden und die Nein-Stimmenden beurteilen die Wichtigkeit einzelner Informationskanäle für die eigene Entscheidungsfindung im Vorfeld der Volksabstimmung weitgehend identisch. Gefragt wurde, welcher Informationskanal „eher wichtig“ oder „eher unwichtig“ war. In der Abbildung ist dargestellt, wie viele den betreffenden Kanal als „eher wichtig“ einstufen. Mit Abstand am bedeutendsten erscheint demzufolge das persönliche Gespräch. Es rangieren deutlich dahinter die Abstimmungsbroschüre der Regierung, Beiträge in den Landeszeitungen sowie öffentliche Veranstaltungen. Es folgen das Internet und die Leserbriefe, die ausserdem für die Nein-Stimmenden wichtiger als für die Ja-Stimmenden waren. Radio Liechtenstein und 1-FL-TV waren dagegen für die Ja-Stimmenden relativ wichtiger. Inserate, Plakate und Werbematerial im Briefkasten werden selten als bedeutend eingeschätzt.



Ja nach Altersgruppe unterscheidet sich das Informationsverhalten. Die Jungen zwischen 18 und 34 bezeichnen das Internet als dritt wichtigste Informationsquelle – nach der interpersonellen Kommunikation und der offiziellen Abstimmungsbroschüre. Bei den Älteren rangiert das Internet in der Bedeutungshierarchie an sechster Stelle (35- bis 54-Jährige) beziehungsweise an achter Stelle (über 54-Jährige). Auch von Plakaten fühlen sich die Jungen eher angesprochen als die Älteren.

